

Die Flucht in kleine Parteien verspricht Aufmerksamkeit, aber sie löst keine Probleme

## Verteidigung der Volkspartei

Von Gerd Held

Nach der SPD hat es nun auch die CDU/CSU erwischt: Die beiden großen Parteien der Bundesrepublik schwächeln. Die Kritik am fehlenden sozialdemokratischen oder christdemokratischen Profil ist vielstimmig und es gibt, was bedeutsamer ist, einen leisen Rückzug vieler Mitglieder. Hat die „Öffnung“ von SPD und CDU wirklich den Wirkungskreis der beiden Volksparteien vergrößert? Eher die kleinen Parteien die Gewinner zu sein. Linke, FDP oder Grüne haben ihre zweistelligen Wahlergebnisse erzielt, nun spielt mancher mit dem Gedanken einer Ausgründung nach rechts aus der CDU.

Eine solche Entwicklung bedeutet nicht nur ein „größeres Angebot“, sondern auch eine Abkehr von der tragenden Rolle der beiden großen Parteien. Verschwindet aber diese Rolle, so würde sich das politische Leben viel stärker als bisher auf das Koalieren verschieben. Mancher Parteienforscher hält eine solche Entwicklung für normal. Sie entspräche, so lautet die These, einer immer pluralistischeren Gesellschaft. Ein „buntes Land“ habe eben eine bunte Parteienlandschaft. Die Zeiten der Lager bildenden Volksparteien seien endgültig vorbei und das sei im Grunde zu begrüßen. Tragen wir also die beiden Dinosaurier frohgemut zu Grabe!

Doch nicht so schnell. Denn die Schlussfolgerung, dass die Vermehrung der Lebensstile sich auch in einer Vermehrung der politischen Parteien niederschlagen müsse, ist ein Fehlschluss. Er verfehlt die Eigenlogik staatlichen Handelns. Staatliches Handeln muss verbindliche Regeln für die Allgemeinheit aufstellen und Tag für Tag durchsetzen. Darin liegt ein Zwang zur Einheit, der auch auf das Parteiensystem wirkt. Es braucht Parteien, die nicht

nur einzelne Milieus repräsentieren, sondern in sich das ganze Spektrum eines Landes, zumindest ansatzweise, versammeln. Nur solche Parteien sind wirklich bilanzfähig. Das wird zum Beispiel dann deutlich, wenn der Bundestag - wie in dieser Woche - zur Beratung des Haushalts zusammentritt. Dann muss eine Gesamtbilanz gezogen werden, sowohl von der Regierung als auch von der Opposition. Eine Aufzählung einzelner Projekte und guter Absichten reicht nicht. In Momenten wie der Haushaltsberatung spiegelt sich die Nation in einem einzigen gemeinsamen Spiegel. Sie sind die Momente der Volksparteien. Hier müssen sie sich bewähren.

Nun wäre es im Prinzip denkbar, dass dieser Dienst am Allgemeinwohl nicht von einer großen Regierungspartei und einer großen Oppositionspartei geleistet wird, sondern von Koalitionen zwischen unterschiedlichen Parteien. Jede einzelne Partei kann dann kleiner, einseitiger, klientelnäher sein – das Wohl des Ganzen müsste beim Verhandeln gewonnen werden. Dass dies gelingt, sollte man nicht völlig ausschließen. Aber es gibt ein Demokratietproblem. Wo alles dem Aushandeln in einer Koalition ausgesetzt ist, kann der Wähler nicht mehr wissen, was er wählt. Von seinem Wählerauftrag für eine Legislaturperiode bleibt kaum etwas übrig. Deshalb sind die Erfahrungen mit „bunten Koalitionen“ ohne starke Hauptpartei nicht gut: weder auf der Linken noch auf der Rechten; weder in Italien oder Frankreich, noch in Belgien oder den Niederlanden; weder im vorigen Jahrhundert noch heute. So sollten wir doch auf die Vorzüge der Volksparteien zurückkommen. Diese großen Tanker, die man schnell als unbeweglich abtut, bewegen auf längerer Sicht

mehr. Eine Volkspartei ist ein sehr spannungsreiches, kunstvolles Gebilde, das die Vielfalt der Neigungen, Werte und Persönlichkeiten bündelt und auf die Einheitszwänge des staatlichen Handelns vorbereitet. Sie ist Kanzlerverein und Bürgerverein zugleich. Sie ist ein Abbild staatlicher Organisation, aber auch Stammtisch, Stadteilladen, Salon und Tea-Party. Sie ist voller Machtgerangel und Meinungsstreit, aber sie leistet dadurch eine unschätzbare Vorarbeit für unsere Demokratie. Sie bildet die Regierungspositionen vor, über die dann in Wahlen entschieden wird. Damit

entsteht mehr Transparenz und Verbindlichkeit als in einer Koalitionsdemokratie. Im Ergebnis können so zwei polarisierende Volksparteien mehr Vielfalt bedeuten als zehn bunte Spezialparteien, wie die lange anglosaxonische Politiktradition zeigt.

Man sollte in Deutschland die Volksparteien nicht vorschnell abschreiben. Eher wäre zu prüfen, ob unsere beiden Volksparteien ihre jeweilige Rolle wirklich ausfüllen. Die CDU-Verdrossenheit vieler Bürger kommt ja von dem Eindruck, dass die Union ihre Rolle als Ordnungspartei der Bundesrepublik nicht mehr annimmt.

*(Manuskript vom 16.9.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 20.9.2010 unter der Überschrift „Rettet die Volksparteien!“)*